

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Literaturverzeichnis.....	XIII
§ 1 Gegenstand und Gang der Untersuchung	1
§ 2 Pflicht der Sozialpartner zur Leistung von Notarbeiten.....	9
I. Pflicht der Sozialpartner zur Leistung von Erhaltungsarbeiten.....	11
1. Herleitung aus dem Eigeninteresse der Arbeitnehmer	12
2. Herleitung aus der Dauerrechtsbeziehung der Sozialpartner	13
a) Nachwirkende Pflichten.....	13
b) Erstmaliges Aufeinandertreffen der Sozialpartner	19
c) Vorvertragliches Schuldverhältnis.....	20
3. Herleitung aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	23
a) Bezugspunkt der Verhältnismäßigkeit.....	33
b) Geeignetheit und Erforderlichkeit.....	34
c) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	42
d) Rückgriff auf kollidierendes Verfassungsrecht	45
e) Abgrenzung der Erhaltungsarbeiten	49
(1) Schutz der Produktionsanlagen	49
(2) Werksschutz	51
(3) Abwicklungsgarbeiten.....	52
(a) Weiterverarbeitung von empfindlichen Rohstoffen, Naturerzeugnissen und (Halb-)Fertigwaren	53
(b) Auslieferung gefertigter Ware	55
(c) Entgegennahme bestellter Ware	61
(4) Schutz immaterieller Betriebsmittel.....	63
(5) Annexarbeiten	64
(6) Abwehr von Gemeingefahren	65
f) Zusammenfassung.....	66
4. Ergebnis	70
II. Pflicht der Sozialpartner zur Leistung von Notstandsarbeiten	70
1. Begriff des Gemeinwohls	71
2. Bindung an das Gemeinwohl	72
a) Tarifautonomie als öffentliche Aufgabe	73
b) Tarifautonomie als kollektive Privatautonomie	76
3. Wahrung der Grundrechtspositionen unbeteiligter Dritter.....	80
a) Generelles Streikverbot.....	86
(1) Charakter des Betriebes.....	87

(2) Drittbezogenheit der Versorgungsleistung.....	87
(3) Gezielte Drittschädigung.....	88
b) Stellungnahme.....	88
c) Abgrenzung von Notstandsarbeiten.....	90
(1) Medizinische Versorgung (Beispiel: Versorgung mit Blutkonserven)	95
(2) Versorgung mit Wasser und Energie	96
(3) Abfallentsorgung	99
(a) Selbsthilfe der Bürger.....	99
(b) Zeitliche Begrenzung	101
(4) Verkehr.....	102
(a) Personennah- und Regionalverkehr	104
(b) Personenfernverkehr.....	105
(c) Güterverkehr	106
(d) Luftverkehr	107
(e) Verkehr allgemein	109
(5) Straßen- und Autobahnmeistereien	110
(6) Kinderbetreuung, Schulwesen und betriebliche Ausbildung.....	111
(7) Massenmedien, insbesondere Presse.....	114
(a) Pressefreiheit	115
(b) Informationsfreiheit.....	116
(c) Freie Presse	117
(8) Post und Telekommunikation.....	122
(9) Versorgung mit Bargeld und Zahlungsverkehr.....	125
d) Zusammenfassung.....	127
4. Ergebnis	130
III. Gesamtergebnis.....	130
§ 3 Pflicht der Arbeitnehmer zur Leistung von Notarbeiten und Auswahl....	133
I. Notarbeiten als vereinsrechtlich zu leistender Beitrag	134
II. Arbeitsvertragliche Herleitung	138
1. Arbeitsvertragliche Treuepflicht.....	138
2. Arbeitsvertragliche Hauptleistungspflicht	141
III. Auswahl der Notarbeiter	143
1. Auswahl durch den Arbeitgeber	145
2. Auswahl durch die Gewerkschaft.....	146
3. Lösung.....	149
a) Notarbeiten als Bestandteil der Kampfmaßnahme	150
b) Notarbeiten als Bestandteil der Kampfstrategie	151
c) Praktikabilitätsgesichtspunkte.....	155
d) Streikauftrag mehrerer Gewerkschaften.....	158

e) Effektivität von Notarbeiten.....	164
(1) Dogmatische Begründung des Letztentscheidungsrechts des Arbeitgebers	166
(2) Interessenabwägung	167
(3) Ausschöpfen der Verständigungsmöglichkeiten.....	168
f) Information der Gewerkschaft	170
4. Ergebnis	172
IV. Auswahl nach billigem Ermessen.....	173
1. Bevorzugung arbeitswilliger Arbeitnehmer	173
2. Verfügbarkeit Andersorganisierter	177
3. Beschränkung auf organisierte oder nicht organisierte Arbeitnehmer ..	177
4. Einsatz von Beamten	179
a) Streikverbot für Beamte und Streikrecht der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst	179
b) Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen	182
c) Ersatzweise Heranziehung von Beamten zur Durchführung der Notarbeiten.....	183
5. Ergebnis	185
V. Beteiligung des Betriebsrates	186
1. Mitbestimmung des Betriebsrates bei Arbeitskampfmaßnahmen.....	187
2. Mitbestimmung des Betriebsrates bei Notarbeitsmaßnahmen	193
3. Ergebnis	197
§ 4 Rechtsschutz	199
I. Ansprüche der Gewerkschaft.....	199
1. Anspruch auf Unterlassung.....	199
2. Anspruch auf Schadensersatz	201
II. Ansprüche des Arbeitgebers gegen die Gewerkschaft	201
1. Anspruch auf Duldung.....	201
2. Anspruch auf Schadensersatz	207
III. Ansprüche des Arbeitgebers gegen Arbeitnehmer, die die Durchführung von Notarbeiten verweigern.....	209
IV. Durchsetzung im Wege der einstweiligen Verfügung.....	210
1. Einstweilige Verfügung im Arbeitskampf.....	210
2. Zwangsvollstreckung	214
§ 5 Notarbeitsvereinbarungen und deren Rechtsqualität.....	217
I. Tarifvertrag	217
1. Normativer Teil.....	218
2. Schuldrechtlicher Teil.....	223
a) Tarifvertragliche Kampfklauseln und deren Zulässigkeit	225

b)	Tarifvertragliche Kampfklauseln und deren Erkämpfbarkeit.....	231
c)	Konkretisierung der Pflicht zur Leistung von Notarbeiten.....	232
(1)	Erweiterung	232
(2)	Verengung	234
(3)	Kombination mit einer Stilllegung des bestreikten Betriebes.....	235
(4)	Einteilung zur Durchführung von Notarbeiten	243
(5)	Beschränkung der Verwendung hergestellter Produkte.....	243
d)	Tarifpraxis	244
3.	Parteien der Notarbeitsvereinbarung	245
4.	Parteiwillie	247
5.	Ergebnis	248
II.	Nichttarifliche Abkommen	248
III.	Betriebsvereinbarung	249
1.	Regelungssperre des § 77 Abs. 3 S. 1 BetrVG	249
2.	Regelungszuständigkeit des Betriebsrates	250
3.	Bindungswirkung einer Betriebsvereinbarung	253
4.	Zulassung einer (ergänzenden) Betriebsvereinbarung	254
5.	Ergebnis	254
IV.	Kollektive Vereinbarung <i>sui generis</i>	255
1.	Stellvertretung	257
2.	Form	258
V.	Ergebnis	259
§ 6	Herbeiführung einer Regelung der Notarbeiten	261
I.	Aussetzung des Streiks	261
II.	Verhandlungspflicht der Arbeitskampfparteien	263
III.	Schlichtung, Schlichtungzwang und Zwangsschlichtung	269
1.	Herbeiführung einer Einigung unter Zwang	275
a)	Einigungsstellenverfahren gemäß § 4 Gesetzesvorschlag im Auftrag der Carl Friedrich v. Weizsäcker-Stiftung 2012	275
(1)	Person des Beisitzers	276
(2)	Anzahl der Beisitzer der Einigungsstelle	277
(3)	Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung	277
(4)	Dauer des Einigungsstellenverfahrens	278
(a)	Dauer des Einigungsstellenverfahrens	279
(b)	Bestellung des Vorsitzenden	279
(5)	Vollstreckbarkeit	283
b)	Fazit zum Einigungsstellenverfahren gemäß § 4 Gesetzesvorschlag im Auftrag der Carl Friedrich v. Weizsäcker-Stiftung 2012	284

c) Letztenzscheidung durch das Arbeitsgericht	287
(1) Verfahren der Zustimmungersetzung	288
(2) Verfahren der einstweiligen Verfügung	290
d) Fazit zur Letztentscheidung durch das Arbeitsgericht.....	293
2. Fazit.....	299
§ 7 Zusammenfassung	303